

Infrastrukturen

Vernehmlassungsantwort 23.05.2022

## **Ausführungserlasse des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)**

Der Bund schlägt verschiedene Änderungen am Überwachungsrecht vor, die unter anderem der regulatorischen Erfassung von 5G-Mobilfunk dienen. economisesuisse lehnt die Änderungen ab, da sie teilweise deutlich über die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs hinausgehen. Daraus entsteht für die betroffenen Unternehmen eine erhebliche Rechts- und Investitionsunsicherheit. Die Fernmeldeüberwachung ist eine hoheitliche Aufgabe des Strafvollzugs, deren Aufwand nicht an die Wirtschaft abdelegiert werden sollte.